

# Es gibt noch viel zu tun!

## Anmerkungen zur aktuellen Situation des Konsums legaler und illegaler Drogen

Die Zahl der **Drogentote** ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen! 65 % der Todesfälle gehen dabei auf eine Überdosierung von Opiaten zurück. Cannabis ist auf dem Vormarsch! Aber auch die legalen Substanzen **Alkohol, Tabak und Medikamente** fordern nach wie vor die aktive Verantwortungsübernahme unserer Gesellschaft. Und doch sollte insbesondere der Blick auf den Menschen selbst nicht verloren gehen.

Nachfolgend einige Anmerkungen des GVS zur aktuellen Situation des Konsums legaler und illegaler Drogen anlässlich der Vorstellung der aktuellen „Rauschgiftlage“ durch die Bundesdrogenbeauftragte und das Bundeskriminalamt sowie der Vorstellung des „Jahrbuch Sucht 2016“ durch die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen:

### Flächendeckende Substitution möglich machen!

Die Substitutionsbehandlung hat sich über die Jahre zu einer festen Größe in der Versorgung von Opiatabhängigen entwickelt und ist als Angebot der Suchthilfe fest etabliert. Trotz allem wird Substitution bisher noch nicht flächendeckend angeboten. Nach Angaben der DHS besitzen ca. 7.000 Ärztinnen und Ärzte in Deutschland die Berechtigung zur Durchführung einer Substitutionsbehandlung – allerdings bietet nur die Hälfte der berechtigten Mediziner ein solches Angebot auch an! Besonders im ländlichen Raum kann damit kaum auf Substitutionsangebote zurückgegriffen werden. Darüber hinaus gibt es Bundesländer, in denen eine eher restriktive Drogenpolitik vorherrscht und auch Drogenkonsumräume verboten sind. Gleichzeitig wird in Haftanstalten nicht jedem Opiatabhängigen die Möglichkeit eingeräumt, an einem Substitutionsprogramm teilzunehmen. Frau Mortler ist es wichtig, die umfassende Reform des Substitutionsrechts, an der das Bundesministerium für Gesundheit mit Hochdruck arbeitet, einzuleiten. Damit soll sichergestellt werden, dass in Zukunft noch mehr Abhängige einen Zugang zu Methadon und anderen Substituten erhalten, gerade auch in den ländlichen Räumen. Diese Richtung ist grundsätzlich zu unterstützen!

### Psychoziale Betreuung und medizinische Versorgung sind Teile eines Ganzen!

Das Schaffen der Möglichkeit einer flächendeckenden Substitution darf jedoch die Notwendigkeit einer Psychosozialen Betreuung als einen unbestritten wichtigen Teil der Behandlung Opiatabhängiger nicht in den Hintergrund verdrängen. Noch immer wird diskutiert, wie sinnvoll psychosoziale Beratung im Zusammenhang mit der Vergabe eines Substituts für Opiatabhängige ist und nur allzu oft wird auf den psychosozialen Aspekt allzu schnell verzichtet. Den Menschen in seiner Ganzheitlichkeit zu sehen, heißt für die Substitutionsbehandlung neben dem medizinischen Aspekt auch die psychosozialen Komponenten in den Fokus zu rücken. Psychosoziale Betreuung leistet motivationale Arbeit, die Bewältigung von Krisensituationen, den Umgang mit psychiatrischen Komorbiditäten, die soziale Stabilisierung und die Arbeitsintegration – Bereiche, die ohne eine Psychosoziale Betreuung eine nur völlig unzureichende Beachtung in der Substitution finden. Vor diesem Hintergrund muss die Frage geklärt werden, wo die Psychosoziale Betreuung zukünftig Verankerung findet. Dieser Verantwortung müssen sich die eher medizinisch Denkenden gemeinsam mit den eher sozialarbeiterisch Agierenden stellen.

### Der Mensch gehört in den Mittelpunkt!

Es fällt auf, dass – trotz steigender Zahlen – Meldungen über Drogentote in den Medien derzeit wenig präsent sind. Zumindest was den „ganz normalen“ Menschen, der an den Folgen seines Drogenkonsums verstorben ist, betrifft. Prominente Personen, die an einer Überdosis sterben oder in die Nähe eines möglichen drogeninduzierten Todes durch bekannten Drogenkonsum oder -missbrauch gerückt werden, sind in den

Medien umso präsenter. Sie bieten eine Projektionsfläche, um sich dem Risiko, das mit der Drogeneinnahme zusammenhängt, zu nähern – ohne es zu nahe kommen zu lassen. Hier gilt, die Auseinandersetzung mit den Themen Sterben und Tod vor dem Hintergrund der Drogeneinnahme wieder in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen.

### **Cannabis auf dem Vormarsch!**

Interessant für die Suchthilfe sind mehr die vom BKA veröffentlichten Sicherstellungsfälle, also die Anzahl der mit Cannabis auffällig gewordenen Personen, als die Sicherstellungsmenge, also die Menge der beschlagnahmenden illegalen Drogen. Auffallend ist hier der dramatische Anstieg der **Cannabisfälle** von 31.000 im Jahr 2010 auf 38.500 im Jahr 2015. Er macht nun das 12-fache der Heroin-Sicherstellungsfälle aus. Die polizeilichen Aktivitäten haben nicht zu einer Reduzierung der Anzahl der Menschen, die Cannabis besitzen bzw. konsumieren, geführt. So ist etwa die Teilhabeproblematik von Führerscheinentzug über nachfolgenden Verlust des Arbeitsplatzes, die sich infolge des strafrechtlich relevanten Besitzes von Cannabis für den Einzelnen ergeben, erheblich und stellt die Sinnhaftigkeit und Folgen der Kriminalisierung von Cannabisbesitz in Frage. Nicht zuletzt die veränderte rechtliche Handhabung von Cannabis in anderen europäischen und auch lateinamerikanischen Staaten haben in der Debatte neue Perspektiven aufgezeigt. Eine fachlich fundierte Cannabispolitik, die sich an konkreten Zielen der Minderung und Verhinderung von Schäden sowie an gesellschaftlicher Teilhabe ausgerichtet, muss alle Akteure der verschiedenen Fachdisziplinen hören und deren Expertise bündeln.

### **Die größte Baustelle liegt nach wie vor im legalen Bereich!**

Trotz allem sind nach wie vor die **legalen Drogen** Alkohol, Tabak und Medikamente für den größten Teil der Suchtproblematik in Deutschland verantwortlich. Die DHS beschrieb es auf ihrer Pressekonferenz bildlich: 2015 sind so viele Menschen an dem Konsum illegaler Drogen gestorben wie beim Absturz von drei Jumbojets im Jahr ihr Leben lassen würden. Im Vergleich dazu kamen durch die Folgen des übermäßigen Alkohol und legalen Drogenkonsums so viele Menschen ums Leben, als ob 2015 pro Tag ein Jumbojet abgestürzt wäre. Darüber hinaus zeigt sich deutlich, dass legaler und illegaler Drogenkonsum besonders Männer und männliche Jugendliche betrifft. Vor diesem Hintergrund besteht die dringende Notwendigkeit über effektive Präventionsmaßnahmen nachzudenken und dabei auch genderspezifische Aspekte nicht außen vor zu lassen.

### **Haben abhängige Menschen keine Kinder?**

Erstaunt bleibt festzustellen, dass die Kinder der von Suchtmittelmissbrauch oder -abhängigkeit betroffenen Eltern in der aktuellen Debatte keine Beachtung finden. Nach Angaben des Kölner Suchtforschers Michael Klein von der Katholischen Fachhochschule Nordrhein-Westfalen leben 2,65 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in Alkoholikerhaushalten. Bei rund 40.000 betroffenen Kindern konsumiert mindestens ein Elternteil illegale Drogen. Das Leid der Kinder wahrzunehmen und letztendlich auch in Zahlen abzubilden sowie in Folge dessen über geeignete Hilfsangebote immer wieder neu nachzudenken darf keinesfalls in Vergessenheit geraten. Einerseits aus Respekt und Würde gegenüber dem betroffenen Individuum und andererseits aus einem gesellschaftlichen Interesse – denn Kinder von Abhängigen haben ein sechsfach höheres Risiko später selbst süchtig zu werden. Darüber hinaus gilt es suchtkranke Eltern darin zu stärken, ihre Kompetenz und Verantwortung den Kindern gegenüber adäquat wahrnehmen zu können – denn auch Suchtkranke wollen gute Eltern sein. Kinder suchtkranker Eltern wünschen sich keine anderen Eltern – sie wünschen sich ihre Eltern nur anders. Öffentlichkeit, Politik und Suchthilfesystem gemeinsam sollte es gelingen, Eltern und Kinder in Veränderungs- und Behandlungsprozessen wahrzunehmen und zu unterstützen.

---

**Gesamtverband für Suchthilfe e.V. – Fachverband der Diakonie Deutschland (GVS)**

Kontakt: Corinna Mäder-Linke, Pressesprecherin, Tel. 030 - 83001-506, [maeder-linke@sucht.org](mailto:maeder-linke@sucht.org)